

D-06 Dringlichkeitsantrag: Klares Bekenntnis zu unseren Klimazielen!

Antragsteller*in: Robin Schaletzki (KV Pforzheim und Enzkreis)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November hat ein Loch von 60
- 2 Milliarden
- 3 Euro in den Klima- und Transformationsfonds gerissen. Genau in den Fonds also, in den
- 4 alle
- 5 klimapolitischen Ambitionen der Bundesregierung abgeschoben wurden.
- 6 Wir als Partei Bündnis 90 / Die Grünen müssen nun unbedingt verhindern, dass durch
- 7 diese
- 8 Gerichtsentscheidung die klimapolitischen Ambitionen dieser Regierung zunichte
- 9 gemacht
- 10 werden! Keinen Cent weniger für den Klimaschutz! Mit dieser Botschaft müssen unsere
- 11 Mandatsträger*innen in die Verhandlungen gehen.
- 12 Das Umweltbundesamt hat berechnet, dass die Bundesregierung mindestens diese 60
- 13 Milliarden
- 14 Euro für klimaschädliche Subventionen ausgibt: Dienstwagenprivileg für Verbrenner,
- 15 Dieselpreissubvention etc. Jetzt ist es endlich an der Zeit, diese Subventionen zu
- 16 streichen. Unser Koalitionspartner hat mehrfach klargestellt, dass Steuererhöhungen in
- 17 dieser Koalition nicht möglich sind, also ist das Streichen von kontraproduktiven,
- 18 falschen
- 19 Ausgaben wie diesen der Weg, den wir gehen müssen.
- 20 Klimaschutz ist eine Pflichtaufgabe unseres Staates, zum Schutz kommender
- 21 Generationen, auch
- 22 das hat das Bundesverfassungsgericht schon festgestellt. Schon jetzt drohen wir das
- 23 völkerrechtlich zugesagte 1,5 Grad oder gar das 2 Grad Ziel zu verfehlen. Wir müssen
- 24 alles
- 25 daran setzen, die beschlossene Klimapolitik dieser Bundesregierung zu verteidigen!

Begründung der Dringlichkeit

Die Frist für die Einreichung eigenständiger Anträge endete am 02. November. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über das Nachtragshaushaltsgesetz erfolgte erst am 15. November.

Begründung

Bitte stimmt diesem Antrag zu. Wir als Partei werden dafür gewählt Klimaschutz endlich umzusetzen. Mit diesem Antrag fordern wir keine zusätzlichen Bemühungen der Bundesregierung, lediglich das bereits beschlossene umgesetzt wird.

weitere Antragsteller*innen

Patrick Bänzner (KV Pforzheim und Enzkreis); Erik Marsi (KV Pforzheim und Enzkreis); Raphael Thang Uddin (KV Pforzheim und Enzkreis); Sybilla Hemsing-Lutzeier (KV Pforzheim und Enzkreis); Doris Meißner-Grimm (KV Pforzheim und Enzkreis); Thomas Schuler (KV Pforzheim und Enzkreis); Julia Reinhard (KV Pforzheim und Enzkreis); Vanessa Roderer (KV Pforzheim und Enzkreis); Violetta Bitto (KV Ortenau); Alicia Böhm (KV Stuttgart); Sabine Reichert (KV Pforzheim und Enzkreis); Carolina Lebesmühlbacher (KV Stuttgart); Jonathan Rapp (KV Heidelberg); Lukas Prinz (KV Bremen Links der Weser (LdW)); Miriam Schönle (KV Erlangen-Stadt); Mitja Tribukait (KV Heidelberg); Sylvia Holste-Hagen (KV Diepholz); Reimer Schölermann (KV Dithmarschen); Theo Seemann (KV Pforzheim und Enzkreis); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.